

Sie muß dann dafür sorgen, daß das richtige politische Argument durch die Funktionäre und die Genossen in den Gewerkschaften unter die Belegschaft getragen wird.

Die ideologische Arbeit muß mit der Tätigkeit für den sozialistischen Aufbau und die tägliche Interessenvertretung verbunden werden. Die Gewerkschaftsarbeit in den Betrieben soll mit der Vorbereitung der Wahlen neue Impulse, einen neuen Aufschwung erhalten; d. h. es kommt darauf an, die Aktivität der Werktätigen im sozialistischen Wettbewerb zur Erfüllung der Aufgaben des Volkswirtschaftsplanes 1957, insbesondere der volkswirtschaftlich wichtigen Programme — Maschinenbau, Kohle und Energie, Export, Baumaschinen — zu fördern, die Betriebskollektivverträge gewissenhaft zu erfüllen und sich aufmerksam gegenüber der schöpferischen Kritik der Werktätigen zu verhalten. In den meisten Fällen wird die Wahlvorbereitung richtig mit der Lösung der ökonomischen Aufgaben und der Interessenvertretung in Zusammenhang gebracht, so z. B. im Karl-Marx-Werk, Magdeburg. Die BGL des Betriebes führte in der ersten Aprilwoche in den einzelnen Betriebsbereichen Vertrauensmänner-Vollversammlungen durch, auf denen die Vorbereitung der Wahlen und die Erfüllung des Kohle- und Energieprogramms zur Diskussion standen. Dabei wurde äußerst kritisch über alles gesprochen, was die Werktätigen des Betriebes daran hindert, ihren Anteil an dem Kohle- und Energieprogramm bis zum Tage der Volkswahlen ehrenvoll zu erfüllen. Auf der Aktivistenkonferenz des Betriebes am 13. April 1957 trat dann die Brigade Holze aus dem Betriebsbereich 600 mit der Verpflichtung auf, bis zur Wahl alle Planrückstände aufzuholen und laufend die planmäßig vorgeschlagene Produktionshöhe zu erzielen. Auch die Sph>zendrehler der Werkstatt 605 und zwei weitere Gewerkschaftsgruppen haben ähnliche Verpflichtungen aus Anlaß der Volks wahlen übernommen. Sicherlich sind inzwischen noch weitere Brigaden gefolgt.

Aus anderen Gebieten und Betrieben gibt es ähnliche Ergebnisse. Im Gebiet Zwickau hat eine neue Initiative im Wettbewerb zur Erfüllung der Exportaufgaben eingesetzt. Die Heizer der Maschinenfabrik Zwickau haben einen Wettbewerb zur Einsparung von Steinkohle begonnen, der jetzt auf die anderen Betriebe des Gebiets übertragen wird. Diese Initiative muß von den Gewerkschaftsleitungen jetzt in jeder Weise gefördert werden. Allerdings muß man dabei auch darauf achten, daß sie in den richtigen Bahnen läuft. Vor wenigen Tagen veröffentlichte die „Märkische Volksstimme“ eine Verpflichtung der Brigade Sommer aus dem Karl-Marx-Werk in Potsdam-Babelsberg zu Ehren der Volkswahlen. Auch sie zeugt von einem hohen Verantwortungsbewußtsein der Kollegen gegenüber unserem Arbeiter-und-Bauern-Staat. Aber sie enthält neben richtigen Aufgaben auch die Verpflichtung, auf Ausgleichszahlung im Zusammenhang mit der Verkürzung der Arbeitszeit zu verzichten. Da dieser Teil der Verpflichtung in der Zeitung selbst unwidersprochen blieb, muß man annehmen, daß sie das für richtig hält. Das ist nicht der Standpunkt der Gewerkschaften. Die Gewerkschaften wenden sich gegen eine Bewegung zum freiwilligen Verzicht auf diese Ausgleichszahlungen, weil sie nicht wollen — und so besagt es auch das Gesetz —, daß die Arbeitszeitverkürzung zu Lohnminderungen führt. Die Gewerkschaften wollen eine Steigerung der Arbeitsproduktivität durch technisch-organisatorische Maßnahmen. Damit wird den Kollegen der alte Lohn garantiert.

Genosse Herbert Warnke wies auf der 26. Tagung des Bundesvorstandes des FDGB darauf hin, daß der Kampf um die Aktionseinheit auch während der